

# Bregenzerwälder Zeitung

Donnerstag, 19. Oktober 2017 Abhängige Zeitung des Kulturforums Bregenzerwald Nr. 9, 6. Jg. 2017 unbezahlbare Gratisausgabe für den Wald

## Kein Kind zurücklassen im „Wald“.

**Das Land Vorarlberg hat sich ein Modell aus Nordrhein-Westfalen geholt mit dem klingenden Namen „Kein Kind zurücklassen“. Die Gemeinde Rankweil, die Stadt Dornbirn und der Bregenzerwald als Gesamtes versuchen nun in einer dreijährigen Pilotphase dieses Modell so zu implementieren, dass es dem Namen gerecht wird. Wo steht nun der Bregenzerwald und das Projekt?**

Mit Mag. Doris Simma konnte eine engagierte und sympathische Projektleiterin für dieses Projekt im Wald gewonnen werden, die wenigstens zu 50 % für diese Arbeit vom Land Vorarlberg finanziert wird. Politisch verantwortlich ist LAbg. Martina Rüscher, die auch engagiert und sympathisch ist, aber unter Zeitmangel leidet. Unterstützung fanden sie bei den ersten BotschafterInnen-Konferenzen Ende Jänner, Anfang Februar des Jahres in Dr. Werner Grabher von der Vorarlberger Landesregierung, der im Bereich Kinder- und Jugendhilfe sehr viel Erfahrung hat, aber dessen Position im und beim Land nicht wirklich einordenbar ist. Das ist schon einmal eine vergebene Ressource. Dennoch hatte er bei der BotschafterInnen-Konferenz einen guten Einblick in den Themenbereich gegeben.

**„Vorarlberg verfügt über ein stark differenziertes und hoch professionelles Sozial- und Gesundheitswesen“**

So begann Werner Grabher sein Referat und verwies gleich darauf: „Dennoch stoßen das Gesundheits-, das Bildungs- und das Sozialwesen an fachliche und auch finanzielle Grenzen.“ Es fehle ein umfassender Überblick über Anbieter und Kostenträger, Ziele und Zielgruppen, über Methoden und Reichweite, sodass fundierte Aussagen über die (Nachhaltigkeit der) Wirkungen nicht möglich sind. Es können, so Werner Grabher, „Qualitätskriterien benannt werden, die die Wirksamkeit präventiver Maßnahmen nachweislich erhöhen und somit dazu beitragen, kostendämpfende Effekte zu erzielen. Dazu zählen u. a. die Festlegung überprüfbarer Ziele, der Einsatz evidenzbasierter Methoden, die Qualifikation der Schlüsselakteure und eine angemessene Evaluierung der Maßnahmen“.

Da es das also noch nicht gibt oder zu wenig geschieht, sollte doch hier ein Hauptaugenmerk des Projektes liegen. Warum hat auch der Bregenzerwald immer wieder „Kinder zurückgelassen“, trotz eines dichten und umfangreichen Angebotes und eines doch erheblichen finanziellen Einsatzes? Jetzt gibt es einen Folder zu diesem Projekt im Bregenzerwald mit dem Titel „Ich als Kind“ und der enthält auch eine von Daniela Simma so genannte „Präventionskette“. Aber genau das ist sie nicht, nämlich eine Kette, vielmehr ist es eine lobenswerte Aufgliederung von Institutionen im Umfang von 3 Seiten, von der AKS-Zahnprophylaxe (die sinnvoll ist) bis zur SOS-Kinderdorf-Wohngruppe (die auch sinnvoll sein kann). Aber wo bleibt die Kette? Eine Kette zeichnet sich bekanntlich dadurch aus, dass alle Glieder zusammenhängen und ein Zug auf ein Glied alle anderen Glieder beeinflusst. Die fehlt und das ist das Problem eines „stark ausdifferenzierten Systems“, das eher einem schweren Puzzle ähnelt, als einer Kette. Es braucht aber die „Kette“, wenn wir bei diesem unpassenden Wort bleiben wollen. Am Anfang einer Kette sollte immer ein Verschluss oder ein größerer Ring sein, der das leichte und gelingende „Einfädeln“ möglich macht.

**Niederschwelliger Zugang und aufsuchende Maßnahmen**

Wenn Kinder oder Jugendliche in einer Form auffällig werden, gibt es viele „Stellen“, an denen es bemerkt werden kann. Dann sollte sicher gestellt sein, dass es eine leicht und schnell erreichbare Stelle gibt, an die sich Kinder, Jugendliche, Eltern, Sozialverantwortliche usw. wenden können. Und zwar ohne Zuweisung über einen Arzt oder einen Reha-Schein. Diese Erstanlaufstelle sollte örtlich und zeitlich leicht erreichbar sein, multiprofessionell besetzt sein und auf jeden Fall auch aufsuchend tätig sein. Ein/e Kinderpsychologe/in und ein/e erfahrene/r Sozialarbeiter/in wären ideal. Medizinische Leistungen dann, wenn es diesen Experten nötig erscheint, da es in der Kinderpsychiatrie Engstellen gibt. Diese müssten aber bei Bedarf zeitnah zur Verfügung stehen und die räumliche Nähe ist in dem Fall sekundär. Nötig wird aber sein, den Blick in die das Individuum umgebenden Systeme zu lenken, um auch die Wirkung und den Einfluss dieser zu erkennen und mitzubeachten. Also Sozialpsychiatrie im eigentlichen Sinne. Auch in die umgekehrte Richtung muss fokussiert werden, welches sind die Wirkungen und Einflüsse des Kindes oder des Jugendlichen auf die umgebenden sozialen Systeme? Das kann die Familie als soziales Umfeld des Kindes genau so sein, wie die Schule oder Freunde. Entscheidend an dieser Stelle wird sein, dass es ab hier eine Lenkung und Steuerung aller weiteren Maßnahmen und Hilfestellungen gibt. Es soll nicht nur von einem Experten zum anderen weiterverwiesen werden, vieles probiert werden, sondern es soll von Anfang an eine klare Abklärung des Kindes und der Systeme rund um das Kind oder die/den Jugendliche/n geben. Genau dazu braucht es klare Pfade zur Bearbeitung, wo auch psychologische oder medizinische

Befundungen möglichst rasch erfolgen können um die geeignete sekundäre Präventionskette in Gang zu setzen. Denn hinter jedem „Fall“ steht Leid, für die betroffenen Kinder und Jugendlichen und für die sie umgebenden sozialen Systeme.

**Fallsteuerung und Fallverantwortung klar verorten und einfordern**

Wenn das Angebot schon so groß ist, wie eben auch der Experte feststellt, dann ist gefordert, dass es eine klare Steuerung der Zusammenarbeit der vielen Unterstützungsinstitutionen gibt. Diese Leistungen müssen koordiniert und in einen zeitlichen Ablaufplan eingepasst werden und das kann nur gewährleistet sein, wenn sich eine Stelle dem annimmt und die Fallsteuerung inne hat. Und das ist wohl am besten ganz am Anfang einer Interventionskette. Dabei soll nie vergessen werden, es geht um Einstellung und Haltung der hilfeleistenden Institutionen, es soll primär um Unterstützung für das Kind und die Jugendlichen gehen, genau so wie für die betroffenen sozialen Systeme, in denen sich das Kind oder der/die Jugendliche befindet. Das ist fast immer in erster Linie die Familie. Und Familien werden am besten vor Ort und im Alltag unterstützt, also durch aufsuchende oder nachgehende Leistungen, wo das Familientherapeutische viel Platz hat.

Werner Grabher: „Primär- und Sekundärprävention werden nachhaltig wirksam, wenn es gelingt, die individuelle Ausprägung des Sozialraumes zu 'verstehen' und diese mit der Fachexpertise des Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesens zu verbinden.“ Das muss dieses Projekt leisten, im Bregenzerwald und darüber hinaus. Will man das erreichen, braucht es viel mehr als nur Sitzungen und Besprechungen mit den Partnern zur Koordination, es braucht Kooperation und eine starke Steuerung, wo es ans Eingemachte geht, also auch jahrzehntealte Pfründe von Beratung, Betreuung und Therapie und Alltagsarbeit müssen auf ihre Berechtigung hin hinterfragt und eventuell neu verhandelt werden. Das wird viel Widerstand geben, aber auch Energie und letztlich viel Mut erfordern, dieses unübersichtliche System zu vereinfachen und auf kooperative Zusammenarbeit hin zu koordinieren, dass Kooperation zwischen Mensch und Gruppen zum Wohle von Kindern, Jugendlichen, Eltern und der Gesellschaft als solches entsteht. Der Bregenzerwald kann hier Vorreiter sein, wird es aber nicht ohne die übergeordneten Landesstellen leisten können. Sie sind in die Pflicht zu nehmen. Ein wichtiger Partner wäre die Kinder- und Jugendhilfe, die hatte ich aber bei der Auftaktveranstaltung vermisst oder übersehen. Sie haben die Kompetenz nicht nur im Falle von Kindeswohlgefährdung, sondern auch im Falle von Unterstützung und sind bei den Kindern und Familien drinnen. Aber auch in der Primärprävention sollte die Expertise dieser genutzt werden. Und genau hier sehe ich auch die naheliegendsten Chancen für dieses Projekt im Bregenzerwald. Und da hat das Projekt mit Doris Simma und Martina Rüscher an der Spitze auch schon wertvolle Vorschläge geliefert. Von der „Schatzkiste“ bis zur gemeindeübergreifenden Kleinkindbetreuung und Sprachförderkursen. Der Bereich „Starke Eltern und Bezugspersonen“ muss noch ausgestaltet werden, bildet aber, wie sie selber schreiben, „den Kern für die gesunde Entwicklung unserer Kinder“.

Ein Drittel des finanzierten Weges ist gegangen, insgesamt ist es ein Weg ohne Ende, denn es wird immer Hilfe nötig sein, und sie wird noch oft zu spät und zu wenig sein. Aber es kann besser werden, und das soll auch sichtbar und spürbar werden. Dazu dürfen aber die „großen Brocken“ nicht übersehen werden, nämlich Übersicht, Niederschwelligkeit, Koordination und Kooperation mit klarer Fallführung, Fallsteuerung und Fallverantwortung im Einzelfall. kb

### Kooperation und Koordination

Unter Koordination versteht man in der Organisationsentwicklung eine Ordnung von arbeitsteilig organisierten Teilen zu einem sinnvoll abgestimmten Ganzen. Koordination wird meist von oben verordnet und kontrolliert. Kooperation hingegen meint viel mehr ein Zusammenarbeiten zwischen Organisationsteilen durch gemeinsame Absprache, gemeinsamen Konsens zu Zielen, Vorgehen und Verhalten, das nur dann wirklich funktioniert, wenn es eine verbindende Kraft zwischen den Teilen gibt. Kooperation kann auch von oben verordnet werden, wie gut diese aber funktioniert, steht auf einem anderen Blatt. Eine gute Kooperation ist mehr als eine sinnvolle Ordnung, sie ist ein gemeinsames, verhandeltes und vor allem gespürtes und gelebtes Miteinander zur gemeinsamen Verantwortung und Problemlösung. Kooperation ist mühsamer, aber vor allem für komplexe und kreative oder innovative Aufgaben geradezu notwendig und schließt Koordination mit ein.

## Bürgerrat „Grund und Boden“

Manchmal spielt der Zufall dem „Teufel“ in die Hände, dachte ich, als ich die Einladung bekam an einem von einer Bürgerinitiative erzwungenen landesweiten Bürgerrat zum Thema „Umgang mit Grund und Boden in Vorarlberg“ teilzunehmen. Setzt sich so ein Bürgerrat doch nur aus 12 bis 15 auf dem Melderegister zufällig ausgewählter Personen zusammen, hieß es. Also nichts wie hin. Bei der Begrüßung wurden wir, immerhin 28 Personen, aufgeklärt, dass über 600 Personen ausgewählt und eingeladen wurden, aber eben nur jeweils ca. 5 % dieser Einladung folgen. Aha.

Ein vierköpfiges Moderatorenteam hat sich dann mit uns in zwei Gruppen, die erst am Schluss wieder zusammen kamen, an die Arbeit gemacht und die war eigentlich sehr interessant. Wenn es noch am Anfang hieß, dass es sich hier um Laien handelt, kam doch gleich zu Tage, dass es sich teilweise wenigstens um interessierte Laien handelte, die auch schon Erfahrung mit diesem Thema hatten, beruflich, freizeithlich oder über die Gemeindepolitik. Wie zuvor in einem ORF-Bericht geschrieben, hatte sich der Verein Bodenfreiheit erfolgreich dagegen gewehrt, dass der Bürgerrat zu Beginn von einem „weisungsgebundenen Mitarbeiter“ von der Raumplanungsabteilung des Landes Auskünfte erhalten. Dieser durfte dann aber als Beobachter und Zuhörer den Bürgerrat verfolgen.

Am 3. Oktober wurden dann die Ergebnisse des Bürgerrats in Rankweil dem zuständigen LR Rüdiger und anderen Interessierten präsentiert. Die Ergebnisse sind durchaus mit der Analyse und den Forderungen der Initiative vau/hoch/drei vergleichbar, auch wenn deren Vertreter Arch. Hermann Kaufmann zuvor meinte, dass dieses „hochkomplexe Thema“ für Laien nicht geeignet sei. Die Initiative vau/hoch/drei wurde immerhin auch von mehreren Wälder BürgermeisterInnen und dem Regioobmann offiziell unterzeichnet (siehe: [www.vauhochdrei.at/petition](http://www.vauhochdrei.at/petition)). Deren Forderungen wie Abschaffung der Kategorie „Bauerwartungsland“ oder der auf drei Jahre beschränkten Widmungsdauer von neu gewidmetem Bauland oder der entschädigungslosen Rückwidmung, wenn nicht innerhalb von 20 Jahren gebaut wird oder der Einführung einer Infrastrukturabgabe für unbebaute gewidmete Grundstücke konnte sich auch der Bürgerrat locker anschließen. Man soll also die BürgerInnen nicht unterschätzen. Aber das erklärt sich auch aus der Tatsache, dass von den über 600 Personen zu so einem Bürgerrat eh die kommen, die mit dem Thema schon Kontakt hatten und sich auch trauen ihre Meinung zu sagen. Also eher die von der hohen Politik nicht so sehr geliebten kritischen Menschen. So hatte ich auch das Gefühl, dass dieses Instrument von dieser auch nicht (mehr) wirklich geliebt wird. Eigentlich schade. kb

Impressum:  
Bregenzerwälder Zeitung,  
Redaktion: Kurt Bereuter,  
Vorholz 263, 6861 Alberschwende  
Druck: Thurnher Druckerei,  
Grundweg 4, Rankweil/A  
Briefe an die Herausgeber:  
Kulturforum Bregenzerwald  
Vorholz 263, 6861 Alberschwende  
[www.kufobregenzerwald.at](http://www.kufobregenzerwald.at)

# Armut und Schuldenregulierung

Christian Diedo Troy

Mit den folgenden Zeilen möchte ich mich erneut einem Aspekt der ländlichen Armut widmen – Armut i. S. von Zahlungsunfähigkeit bis hin zur Insolvenz. Aktuelle Anlässe sind die im November 2017 in Kraft tretende Reform der Privatinsolvenz sowie die in den letzten Monaten geführten Diskussionen um die bedarfsorientierte Mindestsicherung als letztes Auffangnetz im Sozialsystem.

Nachfolgend sollen anhand der öffentlich einsehbaren Informationen zu in den letzten Jahren am Bezirksgericht Bezau eröffneten Schuldenregulierungsverfahren und den verfügbaren Zahlen einige Aspekte dieses Armutsbegriffes im Bregenzerwald aufgezeigt werden. Armut ist dabei von einem relativen und normativen Standpunkt aus zu betrachten. Relativ in Bezug zu den nicht von Armut Betroffenen und normativ, da der Armut letztendlich ein Werturteil über ihre moralische Vertretbarkeit innewohnt. Bei der Durchsicht der eröffneten Verfahren zeigt sich, dass die Gründe für Schuldenprobleme nicht nur in allgemeinen Lebensrisiken wie Krankheit liegen, sondern auch in Arbeitslosigkeit, Selbständigkeit oder während des Bezugs von Geldleistungen, die einen teilweisen Ersatz für ein früheres Einkommen darstellen wie z. B. ein Pensionsbezug. Weiters finden sich Schuldenregulierungsverfahren zu unterschiedlichen Zeitpunkten für mehrere im gleichen Haushalt lebende Personen. Auch wenn die konkrete Ursache dafür an dieser Stelle offen bleiben muss, scheint evident, dass die Schuldenfälle über einen mittelbaren finanziellen und materiellen Mangel hinausgreifen kann. In der Praxis wird das Schuldenregulierungsverfahren entweder als Zahlungsplan oder als Abschöpfungsverfahren durchgeführt. Ersterer orientiert sich am künftig pfändbaren Einkommen in Relation zu den vorhandenen Schulden. Hier ist der Spielraum recht groß, was Zahlungsfristen, -frequenzen und Quoten anlangt. Für Personen mit hohen Schulden oder Einkommensschwache ist der Zahlungsplan oft die einzige Möglichkeit einer Regulierung. Bei mehr als der Hälfte der durchgesehenen Verfahren wurde ein solcher Zahlungsplan erstellt. Mitunter erstrecken sich die Rückzahlungsverpflichtungen auf bis zu sieben Jahre, z. B. wenn sich der Schuldner verpflichtet, 30% der Quote zu monatlichen Teilbeträgen von 0,35% zurückzuzahlen. Im Abschöpfungsverfahren sind die Hürden höher und die Spielräume sehr eng. Etwa die Hälfte der durchgesehenen Verfahren wurde mittels Abschöpfung durchgeführt und dauern bis zu sieben Jahre, während denen zum Leben nur das gesetzliche Existenzminimum bleibt. Nach Ablauf der sieben Jahre ist eine Restschuldbefreiung zu erteilen, wenn mindestens zehn Prozent der Forderungen

bezahlt wurden. Andernfalls kann das Gericht nach Ermessen festlegen, wie viel der Schuldner zusätzlich bezahlen muss. Die Zahlungsfrist kann sich um höchstens drei Jahre verlängern. Man möge sich an dieser Stelle vor Augen halten, was es ökonomisch und psychologisch für eine Person ohne Unterhaltsverpflichtungen mit einem monatlichen Nettolohn von 1.200 € bedeutet, sieben Jahre vom für diese Einkommenshöhe gültigen Existenzminimum von ca. 980 € leben zu müssen (Werte 2017). In bestimmten Fällen ist auch eine Pfändung unter dieses Existenzminimum möglich. Mit der ab 1. November in Kraft tretenden Reform ist die Entschuldung über eine Abschöpfung nach fünf Jahren möglich und auch die Mindestquote entfällt.

Mangels spezifischer Erhebungen sind die Zahlen des Jahres 2016 für Vorarlberg auch für den Bregenzerwald als gültig anzunehmen. Demnach lagen die durchschnittlichen Schulden der eröffneten Privatinsolvenzverfahren für Männer bei etwa 114.000 € und für Frauen bei rund 52.000 €. Umgelegt auf Altersgruppen zeigt sich die höchste Durchschnittsschuldung bei Personen zwischen 40 und 59 Jahren. Männer in dieser Altersgruppe stehen im Schnitt mit rund 136.000 €, Frauen mit ca. 62.000 €, „in der Kreide.“ Die niedrigste Verschuldung ist bei den bis 24-jährigen mit rund 38.000 € feststellbar. Hier sind jedoch die weniger hohen Einkommen zu berücksichtigen. Selbige führen, vermutlich in vielen Fällen in Kombination mit zunehmend langfristigen Zahlungsverpflichtungen und übersteigertem Konsum, in die Schulden. Dass vermehrt jene mit niedriger Schulbildung in die Privatinsolvenz abrutschen, liegt nicht an einem grundsätzlich schlechteren Umgang mit Geld, sondern dass mit steigender Bildung eher ein soziales Umfeld vorhanden ist, das aus der Misere helfen kann. Die Zahl der eröffneten Verfahren bleibt ein die Realität unterzeichnender Gradmesser, da es unter Umständen Jahre bis zu einer Verfahrenseröffnung dauert. Wie viele Personen tatsächlich als zahlungsunfähig gelten müssen, kann daher aus Warnlisten von Kreditinstituten geschlossen werden. Gemäß den vorliegenden Zahlen kämen auf 10.000 Bregenzerwälder 139 Personen, die de facto zahlungsunfähig sind und – wiederum auf 10.000 Personen umgerechnet – müssten etwa 10 Insolvenzverfahren jährlich eröffnet werden. Ich möchte die an dieser Stelle bereits früher erhobene Forderung erneuern, Armut als strukturelles und weniger als individuelles Problem zu sehen. Ein eigener Bericht über Armut und soziale Exklusion im Bregenzerwald täte Not und würde das lückenhafte regionale Berichtswesen über Armut und soziale Exklusion etwas verkleinern.

## Warum ich beim Kulturforum bin

Janine Hagspiel

„Üsr KUFO“ – wie es seine Mitglieder liebevoll nennen – beobachte ich schon seit einigen Jahren: Ich kenne das Kulturforum aus den regionalen Medien, bin seit Anbeginn aufmerksame Leserin der Bregenzerwälder Zeitung und schon sehr lange interessierte Besucherin diverser Podiumsdiskussionen und Lesungen des Vereins. Sehr beeindruckt hat mich hierbei immer das kompetente „Art of Hosting“, welches Obmann Kurt Bereuter und sein Team bei den KUFO-Veranstaltungen meistert. Eine faszinierende Fähigkeit, die ein gewisses Niveau voraussetzt und durchaus gekonnt sein will.

Als ich im April 2016 die Ausstellungseröffnung des Partnervereins „EGGMuseum“ besuchte und ich Kurt darauf ansprach, dass ich endlich einmal aktives Mitglied beim Kulturforum Bregenzerwald werden möchte, hat er mich kurzerhand zur nächsten Vorstandssitzung eingeladen – ...um quasi gleich „das Innere des KUFOs“ kennen zu lernen.

Seit der letzten Jahreshauptversammlung bin ich nun offizielle Beirätin im Vorstand und versuche, mich bei den (überaus regelmäßigen, aber sehr anregenden) Sitzungen mit meinen Ideen und meinen Einflüssen einzubringen. Ich habe durchaus das Gefühl, dass hier eine gesunde Wertschätzung gegenüber jedem einzelnen Vorstandsmitglied vorherrschend ist und dass sich dies auch in der Themenwahl für die geplanten Veranstaltungen niederschlägt. Ich ästimmere das Bemühen des Vereins um unsere Region. Und obwohl es vielleicht für einen jungen, interessierten Weltenbürger nicht gleich erkennbar ist, warum es dem KUFO in erster Linie geht (weil nirgends ein Leitbild veröffentlicht), so wird einem nach kurzer Zeit klar, dass der Verein auf fleißige Jahre zurückblicken kann und großes Potential für die Zukunft birgt.

Nun aber zur Frage, welche Motivation ich persönlich habe, mich beim KUFO derart einzubringen: Als eine, die ihren amerikanischen Traum gelebt hat und bereits seit sieben Jahren dankbar über ihren neuen Platz hier im Bregenzerwald ist, ist es mir ein Bedürfnis, mich wieder stärker in die gesellschafts- und kulturpolitischen Angelegenheiten der Region einzubringen. Ich möchte keinesfalls damit aufhören, mich intellektuell zu fordern und wichtige Themen zur (Aus)Sprache zu bringen. ...Eigentlich alles Anliegen, die man von einem in einer Demokratie lebenden und wertschätzenden Menschen vor-

aussetzen kann.

Wenn sich das KUFO unter Seinesgleichen trifft, wird zielstrebig reflektiert und mit der Organisation der nächsten Veranstaltung begonnen. Der Verein bietet eine gute Plattform für all jene, die sich wiederkehrend mit dem Begriff „Heimat“ auseinandersetzen und dabei versuchen, aktuelle, aber auch historisch wertvolle Themen auf's Programm zu setzen.

Ich finde, dass das KUFO sehr gut zu mir passt: Einerseits habe ich während meines Soziologie- und Kulturwissenschaftsstudiums im Ausland stets den geistigen Austausch mit Kommilitonen sowie Mentoren gesucht. Ich bin heute noch immer hungrig nach Kunst, Kultur, Literatur und Geschichte und bekomme beim KUFO die Möglichkeit, mich mit diesen Themen weiterhin zu beschäftigen.

Andererseits könnte fast gesagt werden, dass ich mich gewissermaßen der Kulturvermittlung und dem Kulturtransport verschrieben habe. Ständig setze ich mich damit auseinander, ob den verschiedenen Altersschichten auch ausreichend Möglichkeiten des Austauschs geboten werden und vor allem, wie man das Publikum mit einer guten Idee (für eine Veranstaltung) optimal erreichen könnte. Dies war mir schon während meiner Zeit in der Jugendarbeit ein Anliegen und ist mir über all die Jahre im Ausland und in meiner beruflichen Tätigkeit im Kultur- und Veranstaltungsbereich immer wieder bewusst geworden.

Genau so, wie ich mich immer für die Kultur anderer interessiert habe, genieße ich es, jemandem meine Kultur zu vermitteln und jemandem Kultur einfach grundsätzlich zu ermöglichen! Ich finde, dass es gerade in der heutigen Zeit wichtig ist, dies weiterhin auch auf klassische Art und Weise zu tun. Sei es im Rahmen einer Diskussion oder einer Lesung, oder aber auch mittels handfester Medien wie beispielsweise die Bregenzerwälder Zeitung. Ich wünsche „üserom KUFO“ jedenfalls weiterhin den Mut zu diesem Bestreben und danke zugleich für die wertvolle Kulturarbeit für unsere Region.

\*Art of Hosting ist die Kunst, gute Gespräche zu ermöglichen und dies als Führungsinstrument einzusetzen. Sie bezieht den einzelnen Menschen sowie das System ein, baut auf persönliche Erfahrung, Dialog, Moderation und kreiert gemeinsam innovative Lösungen für komplexe Herausforderungen. Kurzum: Die Kunst des Gastgebens und Erntens guter Gespräche (<http://www.artofhosting.org/de>)

## Kiesabbau ja oder nein?

Was steckt hinter der Debatte um die Kanisfluh?

Zunächst soll festgehalten sein, dass es völlig normal und legitim ist, wenn eine Firma um so ein Projekt bei den zuständigen Behörden ein Ansuchen stellt. Es ist auch normal und legitim, wenn sich Anrainer oder Naturliebhaber gegen so ein Projekt wehren. Ja, es ist sogar gut, dass es diese beiden Verhaltensweisen gibt. Aber warum wurde diese Auseinandersetzung so heftig geführt? Warum reden die einen von Wirtschaftsfeindlichkeit und die anderen von einem „heiligen“ Berg, um nur zwei Beispiele zu nennen? Warum lässt sich ein renommiertes und ansonsten besonnener Psychiater zu solchen verbalen Entgleisungen hinreißen? Ein Vergleich mit den Taliban, die die „Heiligen Statuen von Palmyra“ in einer terroristischen Aktion in einem Bürgerkriegsland gesprengt haben, ist in keinem Falle mit einem Einbringen eines Vorhabens an die Behörden in einem demokratischen Rechtsstaat zu vergleichen, das weiß auch ein Gerichtsgutachter. In diesem Fall vom „Ausstopfen mit Sondermüll der Kanisfluh“ zu sprechen, ist unsachlich, kontraproduktiv und nur mit heftiger, unreflektierter Gemütsregung bei der VN-Stammtischdiskussion zu erklären. Darüberhinaus kann man durchaus sagen, dass diese Diskussion eine sachliche und konstruktive Auseinandersetzung war, bei der alle Podiumsteilnehmer emotional sehr gefestigt wirkten und auch auf die Argumente der anderen Seite eingegangen waren. Die Konklusion, dass jetzt die Politik und die Behörden die Alternativen suchen, prüfen und auch eine Bedarfserhebung machen, ist Hausaufgabe, ohne, dass sie hier erteilt werden hätte müssen. Aber darauf darf gespannt gewartet werden.

Fragt man sich aber, warum diese Heftigkeit, so gibt es vordergründig für mich mehrere Aspekte. Erstens handelt es sich hier um einen Eingriff in eine immer schützenswerte Natur, der ähnlich einer Schilffprojektion ist und auch demokratiepolitisch bekämpft werden darf. Dass man gleich den ganzen Berg unter Naturschutz stellt, wäre dann aber logische Konsequenz, auch wenn die Gemeinde mit ihren Bauern aus Bewirtschaftungsgründen das nicht will. Und dann müsste man sich auch konsequenterweise überlegen, welche Flächen diesen Schutz auch bekommen sollen, was übrigens EU-rechtlich und raumplanerisch sinnvoll wäre, es zu tun. Ich würde den Brüggelekopf in Alberschwende auch unter Naturschutz stellen, um ihn vor einem Bergrestaurant am Gipfel und einer unökologischen und unökonomischen Beschneidung zu schützen.

Für Anrainer ist so ein Projekt immer eine Belastung, aber auch für die Vorderwälder und Mittelwälder Gemeinden ist ein Kiestransport in den Hinterwald eine große Belastung. Es gilt abzuwägen – und das ist besonders Auftrag der Politik und der Behörden.

Nun aber zum zentralen Aspekt, denn es werde immer schwieriger, solche Projekt „durchzubringen“. Ja, das stimmt sicher, aber ist es deswegen schon schlecht? Nein, es ist gut, wenn möglichst viele Betroffene sich einbringen und mitreden, das ist partizipative Demokratie. Aber warum die Heftigkeit? Weil die BürgerInnen – leider oft zu recht – den Behörden und der Politik nicht mehr vertrauen? Ich will niemandem den Vorwurf der Korruption machen, aber den Eindruck, dass die Politik (Gemeinden in Kooperation mit dem Land) Projekte entscheidet und dann von den Behörden durchziehen lässt, wenn es politisch „machbar“ ist, kann mir niemand nehmen. Ich darf auf das Beispiel Hofer-Markt in Alberschwende verweisen, wo nach Aussage des Verhandlungsleiters Kurt Grässl das Schallschutzgutachten „arschknapp“ das Projekt noch ermögliche, so dass man in der Verhandlung sehr genau hinschauen müsse. Obwohl dann eine weitere Schallemission hinzu kam, ging es sich immer noch aus, halt noch „arschknapper“. Ist ja möglich, aber Vertrauen weckt das nicht und genau das ist auch in diesem Projekt Anlass des Streites, BürgerInnen haben nur mehr ein eingeschränktes Vertrauen in die Politik, die Behörden und damit in den Rechtsstaat. Widerstand tut dann Not. Wer Recht hat, ist letztlich die Frage eines Abwägens und eines Verhandlungsprozesses in einer Demokratie. Warten wir es ab. kb

# Migration und Integration

von Kurt Bereuter

sind zwei Paar Schuhe der selben Person. Und zwar auf beiden Seiten, jener der Zuwanderer und jener der Aufnehmenden. Migration ermöglichen, erlauben oder aktiv betreiben, bringt immer auch die Verpflichtung mit sich, Integration zu leisten. Dazu braucht es auf beiden Seiten die Bereitschaft und letztlich sogar ein Aushandeln dessen, was Integration sein soll. Aushandeln mit Zuwandernden, aber auch mit denen, die schon länger „da“ sind und die demokratische Gesellschaft (als Wählende) bilden. Beide Gruppen dürfen nicht ignoriert werden oder gar einfach sich auf das Recht zurückziehen, denn das ist ein Festzulegendes und muss und wird immer wieder den gesellschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten angepasst, zumindest, wenn es um einen demokratischen Rechtsstaat geht. Deshalb gibt es die legislative Gewalt und diese ankert in Demokratien im Parlament und in der Verfassung, ergänzt durch internationale Verpflichtungen.

### Wer soll kommen und bleiben können?

Die Genfer Flüchtlingskonvention aus dem Jahre 1951 darf nicht in Frage gestellt werden. Aber als in diesem Punkt konservativer Mensch, frage ich mich immer, wer schützt und steht den Familien, Freunden, Dörfern, Städten jener jungen Männer bei, die den Großteil der Migranten ausmachen? Ich würde lieber kämpfen – meinerwegen auch sterben – als sie alleine zurücklassen. Anfang Sommer lud die deutsche Kanzlerin Merkel Jesidinnen zu einem Kongress ein und in einem Interview der *Zeit* erzählte die junge Jesidin Necla Mato von ihrem Schicksal. Sie habe am Tag des Überfalls des IS auf ihr Dorf keinen einzigen Jesiden gesehen, der sich mit der Waffe gegen den IS wehrte. Sie hätten nur ganz wenige Pistolen und Gewehre gehabt, ihre Familie gar keine, weil ihr Glaube das Töten streng verbiete. Sie hätten Hilferufe an die UNO, an die USA und nach Europa geschickt – vergeblich. Sie wünsche sich, dass endlich jemand komme und den noch 3000 jesidischen Frauen hilft, die noch immer gefangen seien. Wer soll helfen? Die UNO ist zu schwerfällig und nicht auf solche Bürgerkriegskonflikte eingerichtet, die USA gelten nicht als erste Wahl, schon gar nicht unter einem Präsidenten Trump, genau so wenig wie Russland unter Putin. Und Europa? Deutschland hat im Kampf gegen die Taliban im Hindukush auch tragische Erfahrungen gemacht. Die Bevölkerung vor Ort bewaffnen ist ein großes Risiko und Waffen bringen immer auch Tod und Leid.

Auf der anderen Seite, warum holen wir nicht ganze Familien gezielt, um sie bei uns anzusiedeln und zu integrieren. Familien lassen sich nämlich auch am ehesten in ländlichen Gebieten dauerhaft ansiedeln, wenn Integration geleistet wird und das müsste in weniger anonymen dörflichen Strukturen leichter fallen. Die jungen Männer werden über kurz oder lang fast alle wieder aus dem Bregenzwald in die Städte wandern. Letztlich darf auch nicht verschwiegen werden, dass diese jungen Männer glücklich werden wollen und dazu gehört Partnerschaft und Sexualität – aber welche Chancen haben sie in unserer Gesellschaft in diesem Zusammenhang?

### Integration

gelingt am besten über den Arbeitsplatz, wenn dort Integration auch als Aufgabe gesehen wird und MigrantInnen in unsere Gesellschaft sich sinnstiftend einbringen können und Wertschätzung erfahren. Und auch die Aufnahmegesellschaft macht daran oftmals fest, welche Wertschätzung diese Menschen verdienen. Umgekehrt dient die Nichtteilnahme am Arbeitsmarkt – ohne Rücksicht auf die gesetzlichen und faktischen Gegebenheiten – oftmals als Grund von „Wirtschaftsflüchtlings“ oder gar von „Zuwanderern in unser Sozialsystem“ mit Ablehnung zu sprechen. Das gibt es, keine Frage, aber es gilt eben nicht für alle und die Anstrengung muss bleiben, sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Und einige werden es nicht schaffen (können) und auch für die brauchen wir menschliche Lösungen. Nach Aussage einer Flüchtlingshelferin war es eine bittere Erkenntnis zu erleben, dass die meisten gar nicht

arbeiten wollen. Hier brauchen wir Lösungen.

Einen Umstand möchte ich hier noch erwähnen. Ein Syrer, gut gebildet, mit Familie, in Beschäftigung, will irgendwann wieder zurück nach Syrien, wenn es die Lage ermöglicht, dort mit seiner Familie wieder Perspektiven zu sehen. Angst hat er, dass seine Kinder dann nicht mehr ausreichend syrisch sprechen. In der Familie in der Heimatsprache zu sprechen ist legitim und sich mit Hilfe von FlüchtlingskoordinatorInnen einen Sprachcampus einzurichten, wo Flüchtlinge Flüchtlinge in ihrer Heimatsprache unterrichten dürfen ein nicht zu schwieriges Unterfangen sein. Ganz abgesehen davon, dass eine Fremdsprache leichter zu lernen sei, wenn man bereits eine Sprache beherrscht, könnte diese Maßnahme auch eine Chance sein, sich mit seinen „Wurzeln“ zu beschäftigen und eben nicht „entwurzelt“ zu werden. Aber für religiöse Zwecke sollte diese Maßnahme nicht missbraucht werden, für kulturelle und politische Bildung schon. Also wird man auch hier darauf achten müssen, wer solche Maßnahmen sinnvollerweise leisten kann, ohne Integration zu gefährden. Aber unterstützen sollte man sie schon, denn letztlich dient so eine Maßnahme der Bildung und zugleich dem Aufrechterhalten von Lebensoptionen und Lebensperspektiven. Denn all diese Länder werden irgendwann diese Menschen brauchen (können). Wir können hier vor Ort einen wertvollen Beitrag leisten, wenn diese Menschen nicht nur ihre Heimatsprache nicht vergessen, sondern auch eine aufgeklärte politische Bildung bekommen, die einmal dem Aufbau von Demokratie und Wirtschaft in ihren Heimatländern dienen kann.

### Wer muss, soll, kann und darf zurück?

Wer kein Bleiberecht hat oder es verwirkt hat, soll zurück müssen, wenn es die Umstände im ehemaligen Heimatland humanitär ermöglichen, das ist fast Konsens.

Zurück sollen alle jene, die freiwillig zurück wollen und ihrer Heimat etwas mitbringen können und wollen, nämlich den Willen, ihre Heimat mit zu verändern in einen modernen, rechtsstaatlichen Staat mit Wissen, Erfahrungen, Kenntnissen und Fertigkeiten, die sie sich im besten Fall im Aufnahmeland angeeignet haben oder verbessert haben. Demokratie lässt sich in den wenigsten Fällen von außen aufkotroyieren. Demokratie verlangt nach Entwicklung und politischem Kampf und dem Überwinden von gesellschaftlichen Spaltungen durch Ethnien, Religionen oder Ideologien und damit dem Überwinden von Ungerechtigkeiten und Korruption. Und die Aufnahmeländer müssen genau jene „freiwillig“ zurückkehren lassen, die wir gerne halten würden, jene die politisch aufgeklärt sind und „gebildet“ sind, denn die Heimatländer brauchen diese Menschen, damit es dort besser werden kann. Sonst spricht man von Brainrain: politisch, kulturell, wirtschaftlich.

Und dann wird es immer auch solche geben, die nicht zurückkehren können, sogar wenn sie wollten. Vielleicht weil sie auf der „falschen“ Seite standen. Das ist aber dann auch für die Aufnahmeländer problematisch. Wenn der IS besiegt ist, werden IS-Anhänger kaum in ihre Dörfer oder Städte zurückkehren können – und in den Aufnahmeländern müssen sie beobachtet und entradikalisiert werden – ein Extremintegrationsprogramm.

Und wer nicht zurückkehren kann oder will, wird sich integrieren müssen und integriert werden müssen. Das gilt im Besonderen für Bildung (Spracherwerb und politische Bildung) und den Arbeitsmarkt mit entsprechendem Chancenpotential. Unverhandelbar ist auf alle Fälle das demokratische und rechtsstaatliche Prinzip. Religion sollte Privatsache sein – hier hat unser Staat noch Bereinigungsbedarf – und nicht Integrationshindernis Nummer eins sein. Auch das würde dann für beide Seiten gelten. Religion trägt ja zumindest in der Theorie in der Regel das Verbindende in sich, in der Praxis ist es meistens das Aus- und Einschließende schlechthin. Dort wo Religion in die selbstverschuldete Unmündigkeit führt, wird Aufklärung im Sinne Kants zur demokratischen Pflicht – wiederum für beide Seiten.

